



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 15.06.2012

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 21. Juni 2012, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung am 26.04.2012 und 10.05.2012
2. Mitteilungen
3. Fragestunde

HAUSHALT

4. 12-V-20-0005 DL 22/12-3, 17/12-2 , 13/12-1

Entwurf Haushaltssatzung 2012/2013
2. Lesung
Berichterstatter: Stadtv. Belz

ANLAGE

5. 12-V-20-0027 DL 17/12-4

Entwurf des Haushaltsplans 2012/2013 - Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften

6. 12-V-20-0010 DL 12/12-6

Entwurf Haushaltsplan 2012/2013 - Anträge der Ortsbeiräte

7. 12-V-20-0015 DL 10/12-10

Mittel der Ortsbeiräte Wiesbaden und AKK im Haushaltsplan 2012/ 2013

8. 12-V-20-0019 DL 17/12-3

Entwurf Haushaltsplan 2012/2013 - Schriftliche Anhörung der Ortsbeiräte

9. 12-V-11-3001 DL 12/12-5

Stellenplan 2012 / 2013

ANLAGE

10. 12-S-00-0001

Begründung einer Partnerschaft zwischen Wiesbaden und Fatih / Istanbul
- Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Müller vom 14.06.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Begründung einer Partnerschaft zwischen Wiesbaden und Fatih/ Istanbul wird zugestimmt.
2. Der in der Anlage beigefügte Partnerschaftsvertrag wird beschlossen.

Begründung

Die Anbahnung der Partnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Istanbul Stadtteil Fatih geht bis in das Jahr 2008 und auf die Initiative des Wiesbadener Ausländerbeirates zurück.

Auch zahlreiche Wiesbadener Türkinnen und Türken, die die größte Gruppe von Migranten in Wiesbaden stellen, haben den Wunsch geäußert, eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt einzugehen.

Die Stadtverordnetenversammlung entschied am 13.11.2008, dass sich „die Landeshauptstadt Wiesbaden um die Aufnahme neuer Städtepartnerschaften bemühe“, um damit die bisherigen internationalen Beziehungen der Stadt auszuweiten. Dieser Beschluss sieht auch die Aufnahme von Partnerschaften und Knüpfung von Kontakten mit Städten in der Türkei vor. (Beschluss der STVV Nr. 571).

Im Mai 2009 reiste eine 38-köpfige Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Ausländerbeirates Wiesbaden, Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller sowie weiteren Vertreter/innen der Fraktionen zur Vertiefung der bestehenden Kontakte und zur Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ nach Fatih.

Diese in Deutsch, Türkisch und Englisch abgefasste Erklärung würdigt die bereits bestehenden Beziehungen zwischen Wiesbaden und Fatih und drückt das gemeinsame Interesse aus, sich insbesondere in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Wissenschaft, Stadtentwicklung und Nachhaltigkeit, Sport und Kulturelles Erbe weiter auszutauschen.

In seiner Sitzung vom 24.06.09 sprach sich der Ausländerbeirat ausdrücklich für eine Partnerschaft mit Fatih aus und ließ dies in einer entsprechenden Presseerklärung veröffentlichen.

Des Weiteren schuf er auch die Voraussetzungen für die Gründung eines Partnerschaftsvereins Fatih - Wiesbaden, für dessen Gründung nach der Besiegelung der Partnerschaft es schon heute zahlreiche Interessenten gibt.

Beim Besuch einer Delegation aus Fatih im April 2010, bestehend aus Bürgermeister Mustafa Demir, den Vizebürgermeistern sowie weiteren Vertretern der Stadt, bekräftigten die Gäste den Wunsch, die Partnerschaft mit Wiesbaden zu besiegeln.

Zahlreiche Besuche auf zivilgesellschaftlicher Ebene und weitere intensive Kontakte zwischen den Städten haben bis heute zu vielfältigen und interessanten Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern geführt, die einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und Freundschaft der Bevölkerung beider Länder leisten können und wollen.

Seite 4 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Juni 2012

Wiesbadener Schulen, wie die Elly-Heuss-Schule, die Oranienschule, die Gerhard-Hauptmann- und auch die Albrecht-Dürer-Schule pflegen Kontakte, u.a. mit gegenseitigen Besuchen, zu Partnerschulen in Istanbul und Fatih.

Im April 2011 starteten Mitglieder der Mobilen Jugendarbeit - wie bereits 2010 - zu einer Jugendbegegnung in Fatih.

Im Rahmen von „Hessen Total International“ (Amt 51) besuchten Schüler/innen aus Fatih im November 2011 auch die Oranienschule mit sehr positiver Resonanz auf beiden Seiten.

Aktuell besuchten im Januar 2012 Lehrer der „Beyazit Ford Otosan“-Schule aus Fatih die Geschwister-Scholl-Schule in Wiesbaden um sich zukünftig speziell auf dem Gebiet der Förderung von Hochbegabung miteinander auszutauschen und gemeinsame Projekte zu initiieren.

Auf Initiative Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger ist die Gründung eines Partnerschaftsvereines Wiesbaden - Fatih in Kürze geplant.

Entstehung von Städtepartnerschaften

Die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden pflegt zurzeit 12 Städtepartnerschaften, angefangen mit der ältesten Städtepartnerschaft der Welt mit Klagenfurt bis hin zu den beiden jüngsten Partnerschaften mit Ocotal und Görlitz.

Dabei gibt es kein festes Schema, nach dem eine Städtepartnerschaft begründet wird, denn das grundsätzliche Ziel von Städtepartnerschaften ist es, Menschen zu vereinen und diesen die Möglichkeit zu geben, sich kulturell, sozial und wirtschaftlich miteinander auszutauschen und sich gegenseitig zu informieren.

Beispiel Klagenfurt: Der Deutsch-Österreichische Volksbund unter dem Vorsitz des Klagenfurter Oberbürgermeisters erhielt nach dem Abzug der französischen Truppen aus den linksrheinischen deutschen Gebieten den Auftrag, deutsche und österreichische Städte auszuwählen, die untereinander Beziehungen eingehen sollten. Nach Kontakten mit dem damaligen Oberbürgermeister Georg Krücke und gegenseitigen Besuchen erfolgte dann die „Zuteilung“ Klagenfurts zu Wiesbaden. Vertreter der Stadt Klagenfurt nahmen an der Rheinlandbefreiungsfeier am 1. Juli 1930 in Wiesbaden teil und wahrscheinlich wurde die Städtepartnerschaft an diesem Tag besiegelt.

Beispiel Breslau: Auf Betreiben des damaligen Oberbürgermeisters Achim Exner, der in Breslau geboren wurde, wurde die Städtepartnerschaft mit Breslau am 30.11.1987 in Wiesbaden proklamiert.

Der Fokus bei der Begründung der Partnerschaft, noch zu Zeiten des „Kalten Krieges“, lag auf der Verbesserung der Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen.

Beispiel Ocotal: Der Vorschlag, eine Städtepartnerschaft mit der nicaraguanischen Stadt Ocotal einzugehen, wurde 1985 vom Verein „Nueva Nicaragua“ gemacht. 1990 wurde in Wiesbaden ein Partnerschaftsvertrag ratifiziert, welcher es sich zum Ziel gemacht hat, die Lebensbedingungen der Bewohner der Stadt Ocotal langfristig zu verbessern. Seitdem hat die Landeshauptstadt Wiesbaden Ocotal bei vielen sozialen und humanitären Projekten mit Geld aber auch mit Know-How unterstützt.

Beispiel Görlitz: Als die ersten inoffiziellen Kontakte zwischen Görlitz und Wiesbaden im Dezember 1988 geknüpft wurden, stand die Berliner Mauer noch. Nach den ersten freien demokratischen Wahlen wurde der Partnerschaftsvertrag am 01.07.1990 unterzeichnet. Zunächst war die Partnerschaft durch materielle Unterstützung seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden und durch Informationsaustausch gekennzeichnet.

ANLAGE

11. 12-F-33-0080

Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplanes "Kureck"
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 11.06.2012 -

Mit der Revitalisierung des Kurecks wird ein bedeutendes innerstädtisches Areal wiederbelebt und der Wilhelmstraße ihr Herzstück zurückgegeben. Durch die geplante Mischnutzung aus Büro, Hotellerie und Wohnen wird eine Belebung des gesamten Gebiets erfolgen. Die Planung des Eigentümers IFM Immobilien AG ermöglicht eine dringend notwendige Verbesserung der städtebaulichen Situation, sowie neue und verbesserte Blick- und Wegebeziehung. Weiterhin kommt es durch die Neugestaltung zu einer Vergrößerung der Grünfläche. Das im Ausschuss Planung, Bau und Verkehr vorgestellte Projekt verfolgt die bereits in der Rahmenplanung formulierten Ziele zur Verbesserung der Erreichbarkeit, Durchlässigkeit, Nutzungsvielfalt und Aufenthaltsqualität.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Bebauungsplan „Kureck“ kurzfristig aufzustellen und offen zu legen.
2. den Ortsbeirat an der Aufstellung des Bebauungsplans zu beteiligen.
3. den Bebauungsplan und dessen Offenlage der Stadtverordnetenversammlung am 06.09.2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. durch geeignete Maßnahmen folgende Punkte für das Gesamtprojekt in Absprache mit dem Eigentümer zu realisieren:
 - die Ermöglichung einer Bruttogeschossfläche von max. 43.500 qm
 - die Traufhöhe des Gebäudes Cansteinberg 5C5 soll die Traufhöhe der denkmalgeschützten Villa 5A2 nicht übersteigen
 - die Hangwand zwischen den Gebäuden Taunusstraße 1 + 3 soll durch den Eigentümer ansprechend gestaltet werden.

12. 12-F-03-0047

Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2012 -

Bereits seit mehreren Jahren arbeitet der Runde Tisch für Wohninitiativen Wiesbaden an der Verwirklichung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten (z.B. generationenübergreifendes, familienfreundliches, sozialstärkendes, barrierefreies, seniorenrechtliches Wohnen). Bisher wurde aber lediglich ein Projekt (Blücherstraße) verwirklicht. Angesichts der veränderten Lebensentwürfe in der Gesellschaft und des demografischen Wandels halten wir eine substantielle Förderung der Wohninitiativen für notwendig. Diese können im Sinne eines sozialen Miteinanders die gesellschaftlichen Strukturen in der engeren Wohnumgebung nachhaltig verbessern, z.B. durch nachbarschaftliche Versorgung für Senioren oder Unterstützung in der Kinderbetreuung. Eine der

größten Herausforderungen für die Wohninitiativen ist es derzeit, Zugang zu einem Grundstück oder einer Immobilie im bezahlbaren Rahmen zu erhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. gemeinsam mit dem Runden Tisch für Wohninitiativen im städtischen oder stadtnahen Bereich eine Standortanalyse von möglichen Flächen und Gebäuden in städtischem Eigentum oder im Bereich der städtischen Gesellschaften, die zur Errichtung bzw. Betrieb von selbst genutzten gemeinschaftlichen Wohnprojekten für Wohninitiativen /Baugemeinschaften geeignet sind, durchzuführen und
2. im Anschluss jährlich mind. eines der geeigneten Objekte, über den Runden Tisch einer Wohninitiative bzw. Baugemeinschaft zum Verkehrswert zu verkaufen oder in Erbpacht zur Verfügung zu stellen bzw. anzubieten, wobei sichergestellt werden muss, dass bei Umsetzung des Projektes die Erwerber die Objekte auf Dauer selbst nutzen und bestimmte, vorab mit dem Runden Tisch für Wohninitiativen abgestimmte Aspekte (soziales, integratives Konzept; architektonisches, ökologisches, barrierefreies Konzept; Finanzkonzept; Stabilität der Gruppe) erfüllt werden;
3. dafür Sorge zu tragen, dass in städtischen Neubaugebieten welche durch städtische Gesellschaften entwickelt werden, diese anzuweisen, 15 Prozent der Bauflächen für gemeinschaftliche Wohnungsbauprojekte für Baugruppen, Wohninitiativen, Genossenschaften Wohninitiativen vorzuhalten bzw. für diese Bedarfe zu entwickeln.

13. 12-F-08-0054

Öffentliche Sitzungen des Magistrats

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 02.05.2012 -

Der Magistrat ist eines der wichtigsten städtischen Gremien. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich, warum gerade ein so wichtiges Gremium ausschließlich nichtöffentlich tagt. Die HGO sieht zwar die nichtöffentliche Sitzung des Magistrats als Regelfall vor, was aber nicht bedeutet, dass der Magistrat nichtöffentlich tagen muss. Der Magistrat kann daher durchaus Sitzungen oder Teile von Sitzungen auch mit der Beteiligung der Öffentlichkeit zulassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Sitzungen des Magistrats, wo es möglich ist, in öffentlicher Sitzung durchzuführen.

14. 12-F-05-0007

Freiherr-vom-Stein-Schule, Albert-Schweitzer-Schule und Friedrich-Ebert-Schule

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.06.2012 -

Bereits am 13. März 2008 hatte die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen:

- Mit den vorhandenen Investitions- und Instandhaltungsbudgets sowie den personellen Kapazitäten bei den beteiligten städtischen Ämtern können nicht alle notwendigen baulichen Maßnahmen an Wiesbadener Schulen durchgeführt werden.
- Es müssen demnach - neben der üblichen Bauabwicklung durch die LHW selbst - andere Wege gefunden werden, um den baulichen Zustand der Schulen zu verbessern. Dies betrifft sowohl die Finanzierung als auch die Abwicklung der Baumaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund wurde ein ÖPP-Eignungstest für u.a. die Freiherr-vom-Stein-Schule, Albert-Schweitzer-Schule sowie die Friedrich-Ebert-Schule (Werkstatt) durchgeführt.

Auf Grundlage einer Magistratsvorlage beschloss der Ortsbeirat Biebrich am 21.04.2011 die Sitzungsvorlage „Freiherr-vom-Stein-Schule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch das Modell Mieten macht Schule“. Die Vorlage sieht die Zusammenführung der Freiherr-vom-Stein-Schule, die bisher auf zwei Standorte verteilt waren, an dem Standort Ludwig-Beck-Straße vor. Die Sanierung und Erweiterung der vorhandenen Gebäude soll mit dem Modell „Mieten macht Schule“ umgesetzt werden.

Obwohl mittlerweile über ein Jahr vergangen ist, liegt die entsprechende Ausführungsvorlage weder dem Ausschuss für Schule und Kultur noch der Stadtverordnetenversammlung vor.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) die Ausführungsvorlage „Freiherr-vom-Stein-Schule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch das Modell Mieten macht Schule“ unverzüglich in die parlamentarischen Beratungsgremien einzubringen.
- b) die Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen an der Albert-Schweitzer-Schule und Friedrich-Ebert-Schule ebenfalls durch das Modell „Mieten macht Schule“ abzuwickeln.

15. 12-F-33-0051

Mehr Schutz vor Bahnlärm in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 02.05.2012 -

Lärm macht krank - dies ist keine neue Erkenntnis, insbesondere für viele Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger.

Das Rheintal und hier insbesondere der Bereich AKK, Biebrich und Schierstein, sind täglich dem Lärm von etwa 550 Zügen ausgesetzt. Mehr als 120 Güterzüge befahren nachts das Rheintal. Derzeit liegen zwischen zwei passierenden Güterzügen vier bis fünf Minuten.

Bislang hat die Deutsche Bahn AG lediglich 7 % aller Güterwagen mit entsprechender Flüstertechnik ausgestattet, durch die der Lärmpegel halbiert wird. Ohne diese Umrüstung sind die Anwohner einer massiven Lärmbelastung durch das Fahren und insbesondere das Bremsen der Züge ausgeliefert. Teilweise liegt die Belastung bei bis zu 100 Dezibel - bei Tag und bei Nacht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) zu berichten, in welcher Form sich die LH Wiesbaden bei dem EU-Projekt CODE 24 des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain eingebracht hat, in dem die Auswirkungen zu

Infrastrukturen des Trassenplan Korridorkonzepts Rotterdam-Genua auf die betroffene Regionen untersucht und erörtert werden.

- 2.) zu berichten, über den aktuellen Sach- und Kenntnisstand der Trassenführung, der tatsächlichen und prognostizierten Lärmbelastung und der Entwicklungen im Bereich aktivem/ passivem Lärmschutz entlang der im Korridor betroffenen Bahntrasse zu berichten, insbesondere, welche Folgen sich hieraus für die räumlich unmittelbar Betroffenen, wie aber auch den Wirtschaftsstandort Wiesbaden ergeben.
- 3.) darzulegen, welche Arbeiten an den Gleisanlagen im Stadtgebiet Wiesbaden gegenwärtig auf welcher Rechtsgrundlage durchgeführt werden.
- 4.) anhand dieser Erkenntnisse, eine Stellungnahme zu erarbeiten, welches die besonderen Erfordernisse für die Stadt Wiesbaden bezüglich des Lärmschutzes artikuliert. Hierbei sind insbesondere zu prüfen: Bewertung der derzeitigen Schallschutzwände, Möglichkeiten der Schienepflege (Schienenschleifen, Schienenschmierer) sowie des Einsatzes von Schallabsorbern an Schienen vor allem im Bereich von Bahnbrücken, Kurven und Weichen, Nachtfahrverbot, Tempolimit auf 70 km/h, lärmabhängige Trassenpreise, Flächendeckendes Verbot nicht umgerüsteter Züge ab 2020 (analog zur Schweiz), Gültigkeit des Schienenbonus im Rheintal (Gutachten S. 33).
- 5.) dieses Papier nach Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung beim Bundesverkehrsministerium in das Korridor-Konzept CODE 24 mit einzubringen.
- 6.) den Regionalverband FrankfurtRheinMain bei der Entwicklung eines verträglichen Konzepts für den Ausbau des transeuropäischen Bahnkorridors von Genua nach Rotterdam zu unterstützen.
- 7.) sich mit anderen betroffenen Städten und Gemeinden in Verbindung zu setzen, um gegebenenfalls gemeinsame Initiativen zum Schutz vor Bahnlärm zu initiieren oder zu unterstützen.
- 8.) auf die Deutsche Bahn AG, die Bundesregierung und die Landesregierung einzuwirken, Maßnahmen zu ergreifen, um der zunehmenden Lärmbelastung zu begegnen.

16. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011-

ANLAGE

17. 12-F-33-0022

European Business School
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.02.2012 -

ANLAGE

18. 12-V-02-0004

DL 10/12-6, 09/12-1

Klageeinleitung Planfeststellungsbeschluss A 643

ANLAGE

19. 12-V-20-0008

DL 05/12-5

Vorlage der durch den Magistrat bis 31.12.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

ANLAGE

20. 12-F-33-0082

Erweiterung der neuen zentralen "Müll-Hotline" der ELW zu einer zentralen Hotline für alle Sauberkeitsfragen im öffentlichen Raum
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 13.06.2012 -

Seit Anfang März können sich die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit allen Anliegen an eine neue zentrale Hotline wenden. Unter 319700 werden alle Fragen rund um Abfalltrennung, Sperrmüll, Gebühren und vieles mehr beantwortet. Die Suche nach einem passendem Ansprechpartner bei der ELW hat somit auf sehr bürgerfreundliche Art und Weise ein Ende gefunden.

Anders verhält sich dies bis dato bei Verschmutzungen öffentlicher Straßen, Plätze, Grünanlagen und Grundstücke. Für verwaltungsunkundige Bürgerinnen und Bürger ist oftmals nicht auf den ersten Blick ersichtlich, welches städtische Amt oder welche Konzerngesellschaft für einen konkreten Platz oder eine Liegenschaft verantwortlich ist. So kann beispielsweise eine Verschmutzung im Umfeld einer an einer Schule liegenden Bushaltestelle Zuständigkeiten von ESWE Verkehr (Bushaltestelle), ELW (Öffentlicher Straßenraum), Grünflächenamt, Schulamt oder Sportamt tangieren.

Die neue zentrale „Müll-Hotline“ der ELW sollte daher zu einer zentralen Anlaufstelle für alle Sauberkeitsfragen ausgeweitet werden. Dabei ist sicherzustellen, dass dort eingehenden Sauberkeitsprobleme kurzfristig beseitigt werden können.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- (1) über die Konzeption und die ersten Erfahrungen der neuen zentralen Hotline bei der ELW zu berichten,
- (2) in die neu eingerichtete Hotline für Bürgeranliegen zum Thema Müll der ELW eine zentrale Anlaufstelle für alle Sauberkeitsfragen zu integrieren und so zu ermöglichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürgern mit allen Fragen rund um das Thema Sauberkeit an diese erweiterte zentrale Anlaufstelle wenden können,
- (3) konzeptionell sicherzustellen, dass bei der Hotline gemeldete Sauberkeitsprobleme auf Straßen, Plätzen, Grünflächen und sonstigen Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihrer Tochterunternehmen entweder unverzüglich durch ELW – sofern sie in deren Zuständigkeitsbereich liegen – beseitigt werden oder anderenfalls an die verantwortlichen städtischen Ämter bzw. Gesellschaften weitergeleitet und von diesen kurzfristig beseitigt werden. Die verantwortlichen städtischen Ämter bzw. Gesellschaften sind verpflichtet, die Beseitigung des jeweiligen Sauberkeitsproblems an ELW zurückzumelden. Eingehende Meldungen und die Beseitigung des jeweiligen Sauberkeitsproblems sind in das Qualitätsmanagementsystem der ELW miteinzubeziehen.

- (4) die Arbeit der neuen zentralen Anlaufstelle und das Gesamtkonzept nach einem Jahr zu evaluieren und über das Ergebnis der Evaluation im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit zu berichten.

21. 12-F-03-0092

Risikoanalyse Überflug Industriepark InfraServ
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2012 -

Die Zahl der Flugbewegungen am Militärflughafen Erbenheim steigt. Mit dem für Spätsommer angekündigten Umzuges des 214. US-Heeresfliegerregiments von Mannheim nach Wiesbaden und der damit verbundenen Stationierung von zusätzlichen 15 Black-Hawk-Hubschraubern wird sich nach Angaben der US-Army die Zahl der jährlichen Starts und Landungen um rund 7.000 auf 17.000 erhöhen.

Das bringt nicht nur mehr Fluglärm, auch die Gefahr potenzieller Abstürze steigt. Hierzu liegt jedoch derzeit kein belastbares Zahlenmaterial vor: Laut des Berichts eines Majors vom Luftwaffenamt Köln in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 5. Juni 2012 zum Thema „Überflug von Militärmaschinen über Wiesbaden“ (12-A-51-0002) gibt es bislang keine Risikoanalyse von Überflügen des benachbarten InfraServ-Industrieparks durch Flugzeuge und Hubschrauber der US-Army.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Industriepark InfraServ als wichtigen Arbeitgeber in der Region. Doch angesichts der dort lagernden und verarbeiteten Gefahrenstoffe muss Klarheit über das bestehende Risikopotenzial eines Chemiewerks in unmittelbarer Nachbarschaft eines Flughafens herrschen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) eine Risikoanalyse zum Überflug des Industrieparks InfraServ in Auftrag zu geben, die nach den Kriterien einer bei Industrieanlagen üblichen probabilistischen Analyse unter Einbeziehung von Risikogrößen die Risikopotenziale identifiziert und dabei folgende drei wesentlichen Untersuchungsgegenstände klärt:
 - Was kann versagen?
 - Wie wahrscheinlich ist es?
 - Was sind die Auswirkungen?
- 2) nach Abschluss der Analyse der Stadtverordnetenversammlung über die Ergebnisse der Risikobewertungen zu berichten

22. 12-F-05-0006

Zusetzungen zum Doppelhaushalt 2012/2013
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Es werden die nachstehend aufgeführten Haushaltsveränderungen den entsprechenden Budgets der genannten Haushaltsbereiche zugesetzt.

Maßnahme	Dez.	IM/CO	2012	2013	Bemerkungen
Schulsanierung / Schulneubau	V	IM	5.000.000€	15.000.000€	Umsetzung nach Prioritätenliste
Barrierefreie Schule / Inklusion	V	IM	50.000€	1.000.000€	Planung und Umsetzung
Medienentwicklungsplan	V	IM	1.000.000€	1.000.000€	Geräte und Infrastruktur

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 11-A-02-0005

Bekanntgabe der Benennungen der Fraktionen für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

2. 11-A-02-0008

DL 12/12-1

Haushaltsansatz für die Kostenstellen "Amt der Stadtverordnetenversammlung", "Fraktionen" und "Stadtverordnetenversammlung" für den Doppelhaushalt 2012/2013

ANLAGE

3. 11-F-33-0053

DL 18/12-1

Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote für Kinder
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.12.2011 -

ANLAGE

4. 11-V-04-0009

DL 18/12-2

Sanierung der Fußwegeverbindung zwischen Nerostraße und Lehrstraße (Bergelchen)

5. **11-V-33-0007** **DL 12/12-3**
Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT);
Anerkennung des zusätzlichen Personalbedarfs und damit verbunden erhöhte Personalkosten
6. **11-V-51-0032** **DL 10/12-1**
Verhandlungen über die Finanzierung von Kindertagesstätten Freier Träger
7. **11-V-51-0034** **DL 10/12-2**
Erhöhung des Leistungsentgeltes für die Kindertagesstätten der AWO ab 01.01.2011
8. **11-V-51-0061** **DL 10/12-3**
Xenia Kindertagesstätte, Erhöhung des Leistungsentgeltes
9. **11-V-51-0062** **DL 10/12-4**
Kindertagesstätte Amöneburg e. V., Erhöhung des Leistungsentgeltes
10. **11-V-51-0066** **DL 10/12-5**
Gemeinnützige Känguru GmbH, Kindertagesstätte Fröbelstraße; Finanzierungsanpassung,
Umstellung der vertraglichen Grundlage und Umstrukturierung des Platzangebotes
11. **12-F-07-0004**
Projekt Sporthalle / Geschäftshaus am Platz der Deutschen Einheit
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 30.04.2012 -
ANLAGE
12. **12-V-01-0010** **DL 21/12-1**
Gleichstellung der Vergünstigungen für Inhaber Jugendleiter-Card (JULEICA) mit den
Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamts-Card
13. **12-V-04-0009** **DL 15/12-1**

Bericht zum zurückliegenden Fahrplanwechsel am 11.12.2011

- 14. 12-V-10-0010** **DL 18/12-3**
Freigabe von Mitteln des Hauptamtes für Maßnahmen im 2. Halbjahr 2012
- 15. 12-V-10-0015** **DL 22/12-1**
Evaluierungsergebnisse und neue Öffnungszeiten; Einführung des neuen elektronischen Personalausweises
- 16. 12-V-10-0018** **DL 18/12-4**
Mitgliedschaft in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
- 17. 12-V-12-0003** **DL 18/12-5**
Wiesbaden - Netzwerk der Wissenschaft Projekt: Studi Tag
- 18. 12-V-20-0017** **DL 10/12-11**
Personelle Unterstützung für das Projekt Konzernkonsolidierung (KoKon) sowie für das Beteiligungsmanagement (Team 2004, Kämmerei) aufgrund gesetzlicher Änderungen der HGO
- 19. 12-V-20-0022** **DL 19/12-1**
Produktivnahme eAkten bei der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Ämtern 21 und 51; Erweiterung der Projektarbeiten um Organisationseinheiten mit Querschnittsaufgaben
- 20. 12-V-20-0039** **DL 22/12-4**
Ergebnis- und Finanzplanung 2011 - 2015
- 21. 12-V-30-0007** **DL 22/12-5, 21/12-6**
Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Wiesbaden; Verlängerung der Geltungsdauer
- 22. 12-V-36-0004** **DL 19/12-3**
Mittelfreigabe Altablagerung Mühlthal vorab der Beschlussfassung zum Haushalt 2012/2013
- 23. 12-V-36-0011** **DL 21/12-7**

Einführung einer Umweltzone - Darstellung der Kosten

24. 12-V-40-0001 **DL 18/12-8**

Gemeinschaftsinitiative Schule@Zukunft - Bilaterale Vereinbarung 2012-2014

25. 12-V-40-0003 **DL 10/12-12**

Ausbau der Grundschulkindertbetreuung - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und weitere Vorgehensweise -

26. 12-V-40-0018 **DL 19/12-4**

Reinigung und Ganzttag in der Hermann-Ehlers-Schule, der Helene-Lange-Schule, der IGS Kastellstraße und der Alexej-von-Jawlensky-Schule

27. 12-V-40-0021 **DL 19/12-5**

Vorabfreigabe von investiven Haushaltsmitteln - Diltheyschule -

28. 12-V-40-0022 **DL 19/12-6**

Prioritätenliste Schulbau und Schulentwicklung

29. 12-V-41-0014 **DL 21/12-8**

Vorabfreigabe 2012 Bereich Kultur 3. Quartal 2012

30. 12-V-41-0015 **DL 19/12-7**

Unterbringung Verein Kunstarche im Gebäude "Im Rad 42"

31. 12-V-51-0006 **DL 21/12-9**

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 80 zusätzlichen Krippenplätzen (und 60 Elementarplätzen) und 5 Kindertagesstätten

32. 12-V-51-0015 **DL 18/12-9**

Wohnungsbauprogramm 2011, Ausführungsvorlage

33. 12-V-51-0016 **DL 18/12-10**

Freigabe von Projektmitteln für die Jugendarbeit

34. 12-V-51-0017 DL 18/12-11

Kinderschutzbund Wiesbaden e. V., Erhöhung des Leistungsentgeltes für die Kindertagesstätten

35. 12-V-51-0018 DL 18/12-12

Nachbarschaftshaus Wiesbaden, Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Kindertagesstätte

36. 12-V-51-0022 DL 18/12-13

u3-Ausbauprogramm 35/48; befristete personelle Ausstattung

37. 12-V-52-0002 DL 19/12-8

Investitionszuschuss zur Errichtung eines Hockey-Kunstrasens für den Deutschen Hockey Club Wiesbaden und Übernahme der Bürgschaft Nr. 586

38. 12-V-52-0003 DL 18/12-15

Nutzungsvertrag BRITA-Arena - 3. Nachtrag

39. 12-V-53-0100 DL 19/12-9

4. Fortschreibung Bereichsplan für den Rettungsdienstbereich Wiesbaden

40. 12-V-53-0201 DL 10/12-16

Stellenbedarfe bei Amt 53 zur Umsetzung der neuen Trinkwasserverordnung 2011

ANLAGE

41. 12-V-61-0005 DL 18/12-16

Dachgestaltungssatzung für den Ortsbezirk Auringen

42. 12-V-61-0016 DL 11/12-5

Mittel für das Stadtentwicklungskonzept und den Flächennutzungsplan Wiesbaden 2030

ANLAGE

- 43. 12-V-66-0205** **DL 11/12-7**
Verkehrsentwicklungsplan - Fortschreibung
ANLAGE
- 44. 12-V-67-0001** **DL 18/12-18**
Einplanung, Freigabe und Genehmigung von IM-Mitteln im Produkt Baumpflege zur Ersatzpflanzung von Bäumen und Herstellung von Baumgruben im Herbst 2012
- 45. 12-V-67-0002** **DL 22/12-8**
Umgestaltung des Rathenauplatzes und der ehemaligen Rampe Alexander-M.-Patch-Brücke in Mainz-Kastel
- 46. 12-V-67-0005** **DL 18/12-19**
Einplanung, Freigabe und Genehmigung von Mitteln für den Bau von Urnenwänden und die Beschaffung von Orgeln auf den Wiesbadener Friedhöfen
- 47. 12-V-80-0001** **DL 20/12-1**
Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften
- 48. 12-V-80-0002** **DL 19/12-12**
Wiesbaden der Gesundheitsstandort
- 49. 12-V-80-8005** **DL 19/12-13**
Dritte Verlängerung der Projektlaufzeit "Jobnavi - Was willst du werden?"
- 50. 12-V-80-8006** **DL 19/12-14**
Exina - Bericht zur wirtschaftlichen Situation

Tagesordnung III

1. 12-F-03-0058

Infrastruktur Aartalbahn
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 17.04.2012 -

ANLAGE

1.1 12-F-33-0054

Infrastruktur Aartalbahn
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.05.2012 -

ANLAGE

2. 12-V-30-0002

DL 18/12-6

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II
(Wiesbaden-Biebrich)

3. 12-V-30-0003

DL 18/12-7

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

4. 12-V-30-0005

DL 19/12-2

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII
(Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

5. 12-V-30-0006

DL 21/12-5

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V
(Wiesbaden-Erbenheim)

6. 12-V-51-0023

DL 18/12-14

Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss

7. 12-V-61-0004 DL 19/12-10

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Hans-Böckler-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -

8. 12-V-61-0022 DL 19/12-11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Karl-Arnold-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

Zu den nachstehenden Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:

9. 12-V-05-0006 DL 21/12-2

Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan 2012

10. 12-V-12-0006 DL 22/12-2, 21/12-4

Einreichung des Antrages zur Aufnahme in die nationale Tentativliste beim Land Hessen und weitere Mitarbeit an einer transnationalen seriellen Bewerbung als Weltkulturerbe

11. 12-V-51-0024 DL 22/12-6

Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung

12. 12-V-61-0013 DL 18/12-17

Rheinuferentwicklungskonzept Mainz-Wiesbaden

ANLAGE

13. 12-V-66-0211 DL 22/12-7

Söhnleinstraße (K 648) - bautechnische Schutzmaßnahmen im Wasserschutzgebiet sowie Einrichtung eines kombinierten Geh- und Radweges - Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung

Tagesordnung IV

1. **12-F-03-0070** **DL 19/12-1 NÖ**
Veräußerung der Rhön AG an die Fresenius
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.04.2012 -
ANLAGE nicht öffentlich

2. **12-V-01-0001** **DL 20/12-1 NÖ**
Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte im Bereich des Justiz- und Verwaltungszentrums
Wiesbaden

3. **12-V-20-0025** **DL 18/12-1 NÖ**
Anpassung des WiBau Gesellschaftsvertrages

4. **12-V-20-0032** **DL 19/12-3 NÖ**
Bürgerschaft

5. **12-V-20-0034** **DL 19/12-4 NÖ**
Bürgerschaft

6. **12-V-36-0012** **DL 18/12-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.03.2012

7. **12-V-41-0011** **DL 18/12-3 NÖ, 17/12-1 NÖ**
Stellenplanveränderungen im Kulturamt

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 8. | 12-V-66-0503 | DL 19/12-5 NÖ |
| | Baulandumlegung Mainz-Kastel | |
| 9. | 12-V-80-2307 | DL 21/12-1 NÖ |
| | Geplantes Wohngebiet "Eichen" | |
| 10. | 12-V-80-2308 | DL 18/12-4 NÖ |
| | Verkauf von Grundstücken | |
| 11. | 12-V-80-2312 | DL 19/12-6 NÖ |
| | Verzeichnis der vom 1. Januar 2012 bis 31. März 2012 genehmigten Grundstücksvorlagen | |
| 12. | 12-V-80-2313 | DL 19/12-7 NÖ |
| | Verkauf von Gewerbegrundstücken | |
| 13. | 12-V-80-2314 | DL 19/12-8 NÖ |
| | Verkauf von Gewerbegrundstücken | |
| 14. | 12-V-80-2315 | DL 19/12-9 NÖ |
| | Verkauf eines Grundstücks | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher